

KOMPETENZ

DAS MAGAZIN FÜR DEN ORGANISIERTEN ERFOLG

2/März–April 2015

Was die Steuerreform bringt Seite 12

Projekt Nachbarinnen Seite 18

Perspektiven in der Krise

Sozialpläne, Arbeitsstiftungen, Kurzarbeit

ab Seite 4

www.gpa-djp.at

Inhalt

Thema

- 04 Perspektiven in der Krise
- 10 Kommentar von Wolfgang Katzian

Aktuell

- 11 Kurzmeldungen
- 12 Steuerreform: Wir haben es geschafft!
- 14 Interview mit Giorgios Chondros
- 16 Nein zur Sonntagsöffnung in Wien

Arbeitswelt

- 17 Kurzmeldungen
- 18 Projekt „Nachbarinnen“
- 20 Starke Vertretung für Studierende
- 22 Protest gegen Kürzungen im Sozialbereich

Service

- 23 Kurzmeldungen
- 24 Recht aktuell: Überwachung im Krankenstand
- 26 WBV-GPA (Advertorial)
- 28 CARD-Angebote
- 30 Gewinnspiele und Ermäßigungen
- 31 Bücher

4



UnderTheSea - Fotolia

Perspektiven in der Krise

12



© ÖGB

Erfolg bei der Steuerreform

14



© Nuriith Wagner-Strauss

Interview Giorgios Chondros

IMPRESSUM

Leserbriefe an kompetenz@gpa-djp.at

Herausgeber: ÖGB, GPA-djp, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Tel. 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

Verlag und Medieninhaber: Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel. 01/662 32 96

Chefredakteurin: Dr. Dwora Stein

Siv. Chefredakteur: Mag. Martin Panholzer

Chefin vom Dienst: Dr Barbara Lavaud, barbara.lavaud@gpa-djp.at Redaktion und Anzeigen: Alexander Kobinger, alexander.kobinger@gpa-djp.at

Artdirection und Layout: Kerstin Knüpfer Dipl. Designerin (FH)

Druck: Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörf, Bickfordstr. 21 Verlags Wien

Herstellungen Neudörf

Cover-Foto: Andrea Danti - Fotolia

DVR-Nr. 0046655, ZVR-Nr. 576439352

Offenlegung nach §25 Mediengesetz:

www.gpa-djp.at/offenlegung

Die Redaktion behält sich alle Rechte der Vervielfältigung und des Vertriebs der zum Abdruck gelangten Beiträge sowie ihre Verwendung für andere Ausgaben vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der AutorInnen dar und müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken. Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingeschickte Artikel und Fotos.



Unsere Anstrengungen tragen Früchte

von Dwora Stein

Unser Ziel war es, eine Steuerreform durchzusetzen, die die ArbeitnehmerInnen entlastet, und das haben wir nun erreicht: Die zentralen Punkte des gemeinsam von ExpertInnen des ÖGB und der AK erarbeiteten Modells werden umgesetzt! Die Steuerbelastung für die ArbeitnehmerInnen wird im kommenden Jahr spürbar sinken. Das Volumen der Steuerreform beträgt 5 Milliarden Euro, 90 Prozent dieser Entlastung fällt dabei auf Menschen, die weniger als 4.500 Euro brutto verdienen. Der überwiegende Teil der Entlastung wird durch Vermögende, Unternehmen, Einnahmen aus der Steuerbetrugsbekämpfung, sinnvolles Sparen beim Staat und durch die Stärkung der Kaufkraft finanziert.

Die ÖGB-AK-Kampagne „Lohnsteuer runter“, die wir als GPA-djp tatkräftig unterstützt haben, ist ein Erfolg für die ArbeitnehmerInnen, so viel steht fest! Für alle jene 882.000 Menschen, die für die Kampagne „Lohnsteuer runter!“ unterschrieben haben und durch ihr Engagement in den Betrieben diese Kampagne erst möglich gemacht haben, ist diese Entlastung ein Erfolg, auf den sie stolz sein können.

Das zeigt, dass politische Kampagnen und die damit verbundenen Anstrengungen sich lohnen.

Doch die GPA-djp engagiert sich nicht nur auf politischer Ebene. Zurzeit laufen die Verhandlungen der Frühjahrslohnrunde für insgesamt rund 120.000 Beschäftigte. Die Kollektivverträge für die Angestellten in der Finanzbranche sowie in der Elektro- und Elektronikindustrie konnten wir bereits erfolgreich und nach zügigen Verhandlungen abschließen.

Trotz all dieser Erfolge ist uns auch bewusst, dass die steigenden Arbeitslosenzahlen ein bedrohliches Ausmaß annehmen. Die GPA-djp ist daher besonders in Krisenzeiten als Partner präsent: Wir setzen unsere ganze Kraft ein, um gegenzusteuern, nicht nur auf politischer Ebene, sondern vor allem auch konkret in den Betrieben, wo wir im Ernstfall Kurzarbeitsvereinbarungen aushandeln oder Sozialpläne und Arbeitsstiftungen für die Beschäftigten durchsetzen. Diesen Auswegen aus der Krise haben wir daher diesmal unsere Titelseite gewidmet. ■

Perspektiven in der Krise



A signpost stands in a misty forest. The top sign is orange with a black border and contains the text '← Problem'. The bottom sign is yellow with a black border and contains the text 'Lösung →'. The path leads into the distance, flanked by trees and a small pond.

← Problem

Lösung →

Eine schlechte Auftragslage oder Kündigungen im Betrieb müssen nicht zwingend in die Arbeitslosigkeit münden. Wie Sozialpläne, Arbeitsstiftungen und Kurzarbeit den Beschäftigten, die von der Krise betroffen sind, Auswege bieten können.

von Barbara Lavaud und Martin Panholzer

Die Folgen der Krise machen sich in Österreich verstärkt bemerkbar: Die Zahl der Arbeitslosen steigt, und es sieht nicht so aus, als ob sich das rasch wieder ändern würde. Sind wir dagegen machtlos? Was tun, wenn man selbst plötzlich mit Arbeitslosigkeit konfrontiert ist?

„Immer öfter erreichen uns schlechte Nachrichten von Betrieben, die einen großen Teil ihrer Beschäftigten beim AMS zur Kündigung anmelden oder gar von Insolvenz und Schließung bedroht sind“, berichtet Karl Proyer, stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp. „Auch wenn es primär darum gehen muss, jetzt eine Wirtschaftspolitik durchzusetzen, die die Kaufkraft stärkt und Investitionen

fördert, haben wir als Gewerkschaft auch eine Reihe von Instrumenten zur Verfügung, die dabei helfen, negative Auswirkungen auf die Betroffenen abzuwenden“, fügt er hinzu, „Maßnahmen wie Kurzarbeit, Sozialpläne und Arbeitsstiftungen können Rettungsringe sein.“

Ohne Kurzarbeit hätte die Krise seit 2008 deutlich mehr Arbeitslose beschert.

Kurzarbeit

Durch Kurzarbeit konnten in den vergangenen Jahren viele Arbeitsplätze erhalten bleiben, betont Proyer: „Andernfalls hätte uns die Krise seit 2008 noch deutlich mehr Arbeitslose beschert.“ Kurzarbeit kann Betrieben helfen, eine schlechte Auftragslage oder eine wirtschaftliche Flaute ohne Kündigungen durchzutauchen. Von Kurzarbeit spricht man, wenn in einem Betrieb die Arbeitszeit zeitlich begrenzt herabgesetzt wird. Es braucht dazu eine Kurzarbeitsvereinbarung, der die zuständigen Gewerkschaften zustimmen müssen. Die durch die Kurzarbeit frei werdende Zeit gilt als Freizeit, außer es wird zugleich eine Vereinbarung über Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen getroffen. Die ArbeitnehmerInnen bekommen für die tatsächlich geleistete Arbeitszeit weiterhin anteilig das vereinbarte Entgelt. Für die ausfallende Arbeitszeit erhalten sie die sogenannte Kurzarbeitsunterstützung.

So wurden beispielsweise beim Lkw-Hersteller MAN in Steyr im Herbst 2014 nach einem dramatischen Einbruch der Auftragslage 2.000 der 2.400 Beschäftigten in Kurzarbeit geschickt. Sie erhalten 90 Prozent des Nettolohnes für 60 Prozent der Arbeitszeit. Grund waren neben einer schlechten allgemeinen Auftragslage die wirtschaftlichen

Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland. Ebenso schickte die niederösterreichische Umdasch-Gruppe über 800 MitarbeiterInnen im Doka-Werk in Amstetten im zweiten Halbjahr 2014 in Kurzarbeit und reduzierte das Arbeitsvolumen um 20 bis 30 Prozent. Grund für die Kurzarbeit war die nicht ausreichend ausgelastete Produktion. Inzwischen arbeiten in dem Unternehmen alle wieder Vollzeit.

„Für die Unternehmen ist es wichtig, gut ausgebildete Arbeitskräfte nicht aufgrund vorübergehender Produktionseinbrüche zu verlieren“, erklärt Proyer. Nicht vergessen sollte man dabei allerdings auch: „Das AMS übernimmt einen anteiligen Teil der Kosten dafür.“

Sozialplan

Ein Sozialplan ist eine Betriebsvereinbarung, die dann abgeschlossen wird, wenn ein Betrieb (oder Teile davon) stillgelegt oder verlegt werden, wenn eine hohe Zahl von Beschäftigten entlassen wird oder aber auch, wenn neue Arbeitsmethoden oder umfassende Rationalisierungs- oder Automatisierungsmaßnahmen die Arbeit im Betrieb grundlegend verändern. Im Sozialplan werden Maßnahmen festgelegt, die die Folgen dieser Betriebsänderung beseitigen oder abmildern sollen.

„Aufgrund der Auswirkungen der Krise hat die Zahl der Sozialpläne, die wir abgeschlossen haben, in den vergangenen Jahren zugenommen“, berichtet Proyer. „Allein 2014 haben die Rechtsschützer in der GPA-djp die beeindruckende Summe von 150 Millionen für Sozialpläne für unsere Mitglieder erstritten!“ Die Qualität der Sozialpläne zeigt, dass gerade in schwierigen Zeiten die enge Kooperation zwischen Gewerkschaft und Betriebsräten ein Erfolgsrezept ist.

Karl Proyer, GPA-djp: „Wir können mittels Kurzarbeit, Sozialplänen und Arbeitsstiftungen die negativen Auswirkungen der Krise abwenden.“



© Nürth Wagner-Strauss



Eine Arbeitsstiftung bietet Beschäftigten durch geeignete Aus- und Weiterbildungen Hilfe, um einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Sehr erfolgreich war z. B. die Stiftung für die ehemaligen Beschäftigten des Versandhauses Quelle (Symbolfoto).

Proyer: „In Unternehmen mit einem Betriebsrat und starker gewerkschaftlicher Unterstützung ist ein entsprechender Erfolg wahrscheinlicher als wenn eine solche Vertretung fehlt.“

Kommt übrigens beim Abschluss eines Sozialplanes keine Einigung zustande, so entscheidet die Schlichtungsstelle am Sitz des Arbeits- und Sozialgerichtes, in dessen Sprengel der Betrieb liegt. „Sozialpläne sind ebenso wie Arbeitsstiftungen einklagbar“, erinnert Proyer. Mögliche Inhalte eines Sozialplanes können sein: freiwillige Abfertigungen, Überbrückungshilfen, Ersatz von Umschulungs-, Bewerbungs- und Ausbildungskosten, bevorzugte Wiedereinstellung der gekündigten ArbeitnehmerInnen oder die Gründung einer Arbeitsstiftung.

Arbeitsstiftung

Arbeitsstiftungen helfen, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Sie bieten die Möglichkeit, sich beruflich neu zu orientieren und auch die finanzielle Unterstützung dafür.

„Vor allem wenn in absehbarer Zeit eine größere Anzahl von Beschäftigten in einem Betrieb arbeitslos werden, sind Stiftungen ein gutes Instrument“, ist Karl Proyer überzeugt. Er führt als Beispiel die Steyrstiftung an, die sich bereits seit über zwanzig Jahren bewährt: Bedingt durch die schlechte konjunkturelle Situation im Großraum Steyr wurde 1993 die sogenannte „Offene Arbeitsstiftung Steyr“ von Arbeitnehmer- und ArbeitgebervertreterInnen in Zusammenarbeit mit dem AMS OÖ gegründet. Ziel dieser offenen Arbeitsstiftung: Die berufliche Reintegration von Beschäftigten, die in der Region ihren Arbeitsplatz verlieren.

Den StiftungsteilnehmerInnen wird die Möglichkeit geboten, nach einer Berufsorientierung den Weg der Aus- und Weiterbildung einzuschlagen. Derzeit zählen 21 Unternehmen zu den Mitgliedern der Stiftung, darunter die Austrian Airlines AG und die Lufthansa, die Ennskraftwerke AG, die Flughafen Wien AG, Magna Powertrain Engineering Center Steyr, MAN Truck & Bus Österreich AG, u. a. m.

Kurzarbeit

Wenn in einem Betrieb die Arbeitszeit zeitlich begrenzt herabgesetzt wird, so spricht man von Kurzarbeit. Die Kurzarbeit dient zur Überbrückung von wirtschaftlichen Problemen. Ziel ist es, die Beschäftigten im Betrieb zu halten und Kündigungen zu vermeiden.

AMS, Betriebsrat und Gewerkschaft schließen gemeinsam mit dem Arbeitgeber eine Kurzarbeitsvereinbarung. Die Arbeitszeit kann zwischen 10 und 90 Prozent der wöchentlichen Normalarbeitszeit liegen. Die ArbeitnehmerInnen erhalten für die tatsächlich geleistete Arbeitszeit weiterhin anteilig ihr Entgelt und für die ausfallende Arbeitszeit die Kurzarbeitsunterstützung. Beim Arbeitslosengeld oder für die Pensionsbemessung ergibt sich für die ArbeitnehmerInnen kein Nachteil!

Ähnlich wie die Steyrstiftung bietet auch die Stiftung Arbeitgeber & Arbeitnehmer (AGAN) in Niederösterreich Ressourcen und Know-how bei Arbeitslosigkeit. „Seit der Gründung 2002 ist es der AGAN geglückt, über 1.500 StiftungsteilnehmerInnen bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen“, berichtet GPA-djp-Regionalgeschäftsführer in NÖ, Peter Stattmann.

Weiterbildung

„Stiftungen“, so Stattmann weiter, „können sowohl für den einzelnen Betroffenen als auch für ganze Unternehmen in der Krise neue Perspektiven eröffnen.“ Konkret funktioniert das so: Zuerst werden individuelle Wünsche und Möglichkeiten in Beratungen geklärt, dann kann eine neu gewählte Ausbildung begonnen werden. Möglich sind je nach

Stiftung bis zu drei (Ausnahme vier) Jahre Unterstützung in Form von Stiftungsarbeitslosengeld und eines monatlichen Stipendiums. Ziel sind höherwertige Bildungsabschlüsse. Die absolvierten Weiterbildungen reichen vom Lehrabschluss bis hin zu FH-Abschlüssen. Stattmann: „Wichtig dabei ist natürlich, dass gezielt für den Arbeitsmarkt ausgebildet wird.“ Je nach Region können das unterschiedliche Branchen sein, die gute Perspektiven bieten.

Eine Stiftung kann natürlich auch als eine Vorsorgemaßnahme funktionieren, um einen Standort zu sichern: Der WAFF (Wiener ArbeitnehmerInnen

Arbeitsstiftungen sind im Zusammenwirken von Gewerkschaft und Betriebsräten erfolgreich.

nen Förderungsfonds) ist ein Beispiel für eine solche Stiftung, die als Einrichtung der Stadt Wien eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreibt und allen Wiener ArbeitnehmerInnen offensteht, um ihnen eine stabile Beschäftigung und berufliche Entwicklungschancen zu bieten.

Dayli und Quelle

Anders z. B. die Arbeitsstiftungen, die für die freigesetzten Beschäftigten der Drogeriekette Dayli (ehem. Schlecker) gegründet wurden. Obwohl es nach dem Aus von Schlecker 2012 so aussah, als könnten knapp 3.500 Beschäftigte in Österreich aufatmen, scheiterte nur ein Jahr später das Konzept der Neuübernahme durch Dayli. Alle Beschäftigten – zum Großteil Frauen in Teilzeit – verloren durch das Ende der Drogeriemarktkette ihren Job. Hier boten Arbeitsstiftungen auf regionaler Ebene Auswege für die Betroffenen. Ähnlich in Kärnten, als Neueigentümer Eckes-Grainini Ende 2013 den Pago-Produktionsstandort in Klagenfurt schließt:

Dort sind über 100 DienstnehmerInnen betroffen. Auch hier helfen ein Sozialplan und eine Arbeitsstiftung den Betroffenen, sich beruflich neu zu orientieren.

Sehr erfolgreich war die Arbeitsstiftung, in die die ehemaligen Beschäftigten bei Quelle eintraten. Rund 1.300 Beschäftigte waren 2009 von der Insolvenz des Versandhauses betroffen. „Das Ende für die Quelle in Österreich war damals für alle ein Schock“, erinnert sich Felix Hinterwirth, der ehemalige Betriebsratsvorsitzende. „Für eine kleinere Gruppe von älteren Angestellten konnte eine maßgeschneiderte Lösung für den Übergang in die Pension gefunden werden. Aber das Gros der Betroffenen, über 600, ging in eine Stiftungsmaßnahme“, berichtet Hinterwirth. Die Qualifizierungsmaßnahmen

dieser Stiftung waren äußerst erfolgreich: Eine Befragung, welche die Universität Linz durchführte, ergab, dass 80 Prozent der Beteiligten mit den Maßnahmen zufrieden waren. „Unterm Strich hat sich der Einsatz für die Betroffenen absolut gelohnt“, berichtet Hinterwirth.

GPA-djp-Sekretär Jürgen Handlbauer, der in Oberösterreich und Salzburg die Druckerbranche betreut, sieht gerade für eine Branche wie diese, die kaum neue Arbeitsplätze schafft, die Arbeitsstiftungen als enorm hilfreiches Instrument an: „Bei Betriebsschließungen haben die Betroffenen kaum eine Chance auf einen adäquaten Arbeitsplatz in der gleichen Branche“, erklärt Handlbauer die Situation, „daher brauchen wir Stiftungen, um neue Wege für sie zu finden.“

Aktuell sieht es z. B. im Fall der Druckerei AGI Media mit Sitz in Thalgau so aus, dass nach Bekanntwerden der Schließungsabsicht des Betriebes zunächst mithilfe der GPA-djp ein Sozialplan ausgehandelt wurde

Was bietet eine Arbeitsstiftung?

Eine Arbeitsstiftung bietet Beschäftigten, die von Kündigung betroffen sind, Hilfe, um einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Konkret geschieht dies v. a. durch geeignete Aus- und Weiterbildungen.

Für die Dauer der Teilnahme an der Stiftung gibt es ein fixes Einkommen, bestehend aus Arbeitslosengeld und einem Stipendium, alle TeilnehmerInnen sind kranken- und unfallversichert. Außerdem übernimmt die Stiftung die Kosten für die vereinbarte Weiterbildung. Die Teilnahme an einer Stiftung ist freiwillig, es besteht aber Anwesenheitspflicht, der Stiftungsträger muss über Krankheiten oder Urlaube informiert werden.



Wenn es in der eigenen Branche keine Jobs gibt, sind Stiftungen Gold wert: Sie bilden gezielt für den Arbeitsmarkt aus, möglich ist alles, vom Mechatroniker bis zum Krankenpfleger.

und nun auch eine Arbeitsstiftung allen 65 von der Werkschließung Betroffenen offen steht. Umgeschult wird auf sehr unterschiedliche Berufe, vom Mechatroniker über den Bierbrauer bis zum Krankenpfleger.

Handlbauer betont auch die wichtige Rolle von Betriebsräten in solchen Prozessen: „Arbeitsstiftungen sind Instrumente, die nur über Sozialpläne im Zusammenwirken von Gewerkschaft und Betriebsräten eingerichtet werden können.“ Im Rahmen von Sozialplänen, so Handlbauer weiter, sei es immer wichtig, finanzielle Leistungen und Umschulungsmöglichkeiten als gleichwertig zu sehen, bei aller Bedeutung von Geldleistungen (wie freiwillige Abfertigungen etc.) in solch einer schwierigen Situation. „Aber die Betroffenen dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass es auch einen Tag nach dem Arbeitsplatzverlust gibt. Und wenn es in der eigenen Branche keine Jobs gibt, dann sind Stiftungen Gold wert.“

Auch wenn es, räumt Karl Proyer ein, „oft eine große Herausforderung ist, sich für eine Weiterbildung zu entscheiden.“ Doch die Rückkehr auf die Schulbank ist zugleich eine enorme Chance für die berufliche Zukunft.

Trotz all diesen erfolgversprechenden Möglichkeiten sollte eins nicht vergessen werden, betont Proyer: „Maßnahmen, die helfen, für die/ den Einzelne/n Lösungen für die berufliche Zukunft zu finden, sind kein Ersatz für eine beschäftigungswirksame Wirtschaftspolitik!“ Deshalb traten die Gewerkschaften auch so vehement für eine Steuerreform ein, die Wachstum fördert. „Für den Einzelnen“, ist Proyer überzeugt, „sind die konkreten Maßnahmen, die Sozialpläne oder Arbeitsstiftungen anbieten, im Krisenfall unerlässlich und zentral, wenn es um den Erhalt von Lebensperspektiven geht. Doch niemand anderer als starke Betriebsratskörperschaften und Gewerkschaften haben dafür die nötige Erfahrung und die Durchsetzungskraft.“ ■

Was bringt ein Sozialplan?

Ein Sozialplan legt Maßnahmen fest, die die Folgen einer Betriebsänderung verhindern, beseitigen oder abmildern sollen. Das kann z. B. die Stilllegung oder Verlegung eines Betriebs sein, die Freisetzung einer hohen Zahl von Beschäftigten, die Zusammenlegung mit anderen Betrieben etc.

Ein Sozialplan ist eine Betriebsvereinbarung. Rechtliche Voraussetzungen dafür sind ein Betrieb mit Betriebsrat und mindestens 20 ArbeitnehmerInnen. Mögliche Inhalte eines Sozialplanes können sein: freiwillige Abfertigungen, Überbrückungshilfen, Ersatz von Umschulungs- und Ausbildungskosten, bevorzugte Wiedereinstellung der gekündigten ArbeitnehmerInnen, Gründung einer Arbeitsstiftung.

Kommentar

© Nurih Wagner-Strauss



Wir haben etwas bewegt!

Die ArbeitnehmerInnen werden von der Steuerreform profitieren.

von Wolfgang Katzian

Wir haben etwas bewegt. Wir, das sind ÖGB, AK und Gewerkschaften, Betriebsrätinnen und Betriebsräte, 882.184 Menschen, die unsere Kampagne für eine Lohnsteuersenkung mit ihrer Unterschrift unterstützt haben. Das Volumen der Steuerreform beträgt 5 Milliarden Euro, 6,7 Millionen Menschen werden von der Steuersenkung profitieren. 90 Prozent davon werden Menschen zugutekommen, die weniger als 4.500 Euro brutto verdienen. Unsere Kampagne war ein voller Erfolg, obwohl bis zum Vorliegen des Gesetzesentwurfs noch um Details gefeilscht werden wird, kann man jetzt schon sagen, dass viele Forderungen aus dem ÖGB/AK-Steuermodell umgesetzt werden.

Unser wichtigstes Ziel war es, die ArbeitnehmerInnen zu entlasten, die ja derzeit den größten Brocken der Steuerlast schultern. Dieses Ziel haben wir erreicht. Wer 2.100 Euro monatlich verdient – das entspricht dem mittleren Einkommen –, dem bleiben zukünftig 900 Euro mehr im Jahr. Die Lohnsteuer reduziert sich in diesem Fall also um bis zu 30 Prozent. Die geplante Steuergutschrift wird sicherstellen, dass auch Menschen,

die keine Lohn- und Einkommenssteuer zahlen, mit bis zu 400 Euro jährlich entlastet werden. Die Negativsteuer soll in Zukunft auch automatisch ausbezahlt werden. All das ist nicht nur für die Einzelnen sehr erfreulich, weil mehr Geld im Börsel bleibt, sondern die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen gibt auch der österreichischen Wirt-

Unsere Kampagne für die Steuerreform hat sich gelohnt.

schaft einen wichtigen Wachstumsimpuls und schafft so neue Arbeitsplätze. Ein gewichtiger Teil der Steuerreform finanziert sich daher selbst.

Der überwiegende Teil der Entlastung wird durch Vermögende, Unternehmen, Einnahmen aus der Steuerbetrugsbekämpfung, sinnvolles Sparen beim Staat und durch die Stärkung der Kaufkraft finanziert. Ein großes Maßnahmenpaket gegen den Steuerbetrug macht 1,9 Milliarden Euro an Mehreinnahmen aus. Unter anderem wird die von uns geforderte Registrierkassenpflicht eingeführt. Auch wenn wir uns mit der Forderung nach einer echten Vermögenssteuer noch nicht

durchgesetzt haben, lässt sich doch feststellen, dass es in den vorigen Jahren was vermögensbezogene Steuern betrifft zu einer Trendumkehr gekommen ist und Steuerprivilegien für Gewinn- und Kapitaleinkünfte langsam zurückgedrängt wurden. Dieser Trend setzt sich auch in den aktuellen Vorschlägen der Regierung fort. Nach der Bankenabgabe, der Einschränkung von Stiftungsprivilegien, der Aktien-KEST und der Abschaffung der Spekulationsfrist für Immobilien wird nun die Kapitalertragssteuer für Aktiengewinne erhöht und zumindest bei der Grunderwerbssteuer kommt in Zukunft durchgängig der Verkehrswert zur Anwendung, also gewissermaßen eine „Erbchaftssteuer light“.

Natürlich ist das noch nicht das, was wir unter einer Steuerstrukturreform mit einer ordentlichen Beteiligung großer Vermögen und einer echten Erbschafts- und Schenkungssteuer verstehen. Diese Forderungen sind nicht aufgehoben und werden etwa bei der demnächst anstehenden Neuordnung der Pflegefinanzierung oder im Zusammenhang mit anderen Finanzierungen der öffentlichen Hand wieder diskutiert werden müssen. ■



© industrieblick - Fotolia

Elektro- und Elektronikindustrie: Freizeitoption wird fixer Bestandteil

Plus 2 Prozent Gehaltserhöhung ausverhandelt.

Bereits in der zweiten Verhandlungsrunde am 17. März konnten sich die GPA-djp gemeinsam mit der Gewerkschaft PRO-GE und den ArbeitgeberInnen der Elektro- und Elektronikindustrie einigen: Die Mindestgehälter und die Ist-Gehälter werden um zwei Prozent erhöht, alternativ dazu kann durch eine Betriebsvereinbarung festgelegt werden, dass anstelle dieser Ist-Erhöhungen entweder eine Einmalzahlungsoption, eine Verteilungsoption oder eine Freizeitoption angewandt wird. Auch die Zulagen, die Lehrlingsentschädigungen und die PraktikantInnengehälter werden

um zwei Prozent steigen, ebenso die Reiseaufwandsentschädigungen.

„Unser gemeinsamer Einsatz für die Beschäftigten der Elektro- und Elektronikindustrie war erfolgreich“, freut sich Karl Proyer über den zügigen Abschluss. „Auch heuer ist es gelungen, eine Freizeitoption abzuschließen – eine wichtige Forderung der Gewerkschaften wurde erfüllt und die Freizeitoption wird fixer Bestandteil unserer Kollektivvertragsabschlüsse bis 2025.“

Alle Details zum Abschluss auf www.gpa-djp.at

Kollektivverträge: Frühjahrsrunde

Die im März beginnenden Kollektivverhandlungen in der österreichischen Industrie sind voll im Lauf: Fast zeitgleich starteten im März neben der Elektro-/Elektronikindustrie (s. o.) die Papierindustrie (8.000 Beschäftigte) und die Textilindustrie (10.000 Beschäftigte) in die Verhandlungen. Die KV-Verhandlungen in der chemischen Industrie (45.000 Beschäftigte) beginnen Anfang April, für die Glashütten und Glasverarbeitung (8.600 Beschäftigte) im Mai und Juni. Weitere KV-Verhandlungen im Frühjahr: Lederwaren- und Kofferindustrie, Schuhindustrie, Bekleidungsindustrie und einige Bereiche aus dem Agrar- und Nahrungssektor.

Einkommensberichte besser nutzen!

Die aktuellen Zahlen bestätigen leider, was viele Arbeitgeber nicht gerne hören: Die Einkommensschere ist alles andere als ein Mythos, Frauen verdienen in Österreich 23 Prozent weniger als Männer. „Umso wichtiger ist es, den Hebel dort anzusetzen, wo er nützt: bei den Einkommensberichten“, kommentierte Ilse Fetik, Frauenvorsitzende in der GPA-djp, anlässlich des Internationalen Frauentages im März. „Wir wissen, dass der Einkommensbericht vor allem dann gute Wirkung zeigt, wenn sich Geschäftsführung und Betriebsrat gemeinsam damit auseinandersetzen“, berichtete Fetik.

So gut wie in allen Branchen, für welche die GPA-djp zuständig ist, waren Verhandlungen von BetriebsrätInnen für bessere Einstufungen, für Karriereentwicklungen oder schlicht für Gehaltserhöhungen für Frauen erfolgreich, wenn die Arbeitgeberseite ernsthaft bereit dazu ist. „Wir fordern deswegen erzwingbare betriebliche Angleichsverhandlungen, das ist der beste Weg, um Frauen und Männer hinsichtlich Karriere und Gehalt endlich gleichzustellen“, fordert Fetik daher mit Blick auf die von der Frauenministerin angekündigte Weiterentwicklung der Einkommenstransparenzberichte.

Mehr dazu:
www.gpa-djp.at/frauen

Wir haben es geschafft!

Die Steuerreform bringt mehr Gerechtigkeit ins Steuersystem und den ArbeitnehmerInnen eine deutliche Entlastung.

von Martin Panholzer

Arabella ist Angestellte im Lebensmittelhandel. Ab 2016 erhält sie pro Jahr 1.533 Euro mehr durch die Lohnsteuerreform.



© ÖGB

Mit dem Beschluss der Bundesregierung vom 17. März 2015 wurde eine Steuerreform auf den Weg gebracht, die in weiten Teilen den Forderungen der Gewerkschaften entspricht. Dass diese Reform ein Erfolg der Gewerkschaften ist, wurde auch durch die Bank von den Medien so eingeschätzt. Die fast 900.000 Personen, die die Kampagne des ÖGB unterstützt haben, waren letztendlich die Voraussetzung für diesen

großen Erfolg. Die Reform bringt mehr Gerechtigkeit ins Steuersystem und wird auch für unsere Wirtschaft dringend nötige Impulse setzen.

Lohnsteuerentlastung

Durchgesetzt hat sich der ÖGB insbesondere bei der Entlastung der Lohnsteuer. 84 Prozent des vom ÖGB vorgeschlagenen Entlastungsvolumens von 5,9 Mrd. Euro wird realisiert – es profitieren vor allem

untere und mittlere Einkommen. Der Steuertarif wird gleichmäßiger und gerechter. Der neue Eingangsteuersatz bei der Lohn- und Einkommenssteuer beträgt nun 25 Prozent. Es gibt einen gleichmäßigeren Verlauf und sechs statt drei Steuerstufen. Der ÖGB-Vorschlag wurde fast vollständig umgesetzt.

Der ÖGB forderte die Erhöhung des Arbeitnehmerabsetzbetrages und des Verkehrsabsetzbetrages auf 450 Euro. Die Absetzbeträge werden auf

400 Euro erhöht. Auch diese Forderung wurde weitestgehend umgesetzt. Zudem wird der Kinderfreibetrag von 220 auf 440 Euro erhöht. 20 Mio. Euro werden zur Verbesserung der Pendlerförderung für NiedrigverdienerInnen zur Verfügung gestellt.

So verdient z. B. die Handelsangestellte Eva M. 1.500 Euro im Monat. Durch den neuen Lohnsteuertarif erhält sie eine Lohnsteuerentlastung von satten 43 Prozent, nämlich 485 Euro. Da Frau M. einen Sohn hat und sich auch der Kinderfreibetrag erhöht hat, erhält sie um 30 Euro netto mehr pro Monat, was ihre tatsächliche Entlastung insgesamt auf 515 Euro erhöht.

Mehrwertsteuer und Ausnahmen

Bei einigen Produkten steigt der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 10 Prozent auf 13 Prozent. Das bringt 250 Mio. Euro und betrifft Beherbergung, Saatgut, Futter, Holz, Blumen, lebende Tiere, Bäder-, Tiergarten-, Museums-, Kino- und Theater-tickets. Eine Kinokarte, die derzeit 10 Euro kostet, kommt künftig auf 10,30 Euro. Man kann die Erhöhung der Mehrwertsteuer kritisieren, aber die sachliche Rechtfertigung für die begünstigte Besteuerung ist bei manchen Produkten fraglich und sinnvollerweise werden Ausnahmen gestrichen, wenn im Zuge einer allgemeinen Steuersenkung alle entlastet werden.

Das Streichen von Ausnahmen im Steuerrecht soll insgesamt 900 Mio. Euro bringen. Die Gebäudeabschreibungen mit einem einheitlichen Satz von 2,5 Prozent bringen 400 Mio. Euro, bei Personengesellschaften wird eine Verlustverrechnungsbremse eingezogen. Die Topf-Sonderausgaben (Absetzmöglichkeit von Wohnraumbeschaffung, Personenversicherung) werden auslaufen. Für bestehende Verträge laufen

sie fünf Jahre lang weiter. Für Neuverträge gibt es keine Absetzbarkeit.

Manfred K. beispielsweise hat Jahreseinkünfte in der Höhe von 40.600 Euro. Er macht in seiner Steuererklärung Ausgaben für Wohnraumbeschaffung um 4.500 Euro geltend. Nach dem neuen Steuersatz von 42 Prozent beträgt sein Verlust 264 Euro, da die Geltendmachung von Topf-Sonderausgaben nicht mehr möglich ist (außer es handelt sich um einen bestehenden Vertrag und er hat bereits im Jahr zuvor für denselben Wohnraum Steuern zurückbekommen). Außerdem hat er zwei Katzen. Durch die Anhebung der Mehrwertsteuer auf Tierfutter fallen jährliche Mehrkosten von 30 Euro an, durch Anhebung der Ticketpreise für Theater und Konzerte entstehen Herrn K. Mehrkosten von 50 Euro. Durch die Lohnsteuerreform zahlt er ab 2016 um 1.238 Euro weniger Lohnsteuer, das entspricht 19 Prozent. Zieht man die oben angeführten geringen Mehrbelastungen ab bleibt trotzdem ein sattes Nettplus von 1.158 Euro.

Bei privat genutzten Firmenautos, die gewisse ökologische Kriterien nicht erfüllen, wird der Sachbezugswert erhöht. Das gilt nur für Autos mit einem CO₂-Ausstoß, der größer als 120 Gramm pro Kilometer ist. Das bringt 50 Mio. Euro. Durch die nicht generelle Erhöhung der Besteuerung von Dienstwägen ist gewährleistet, dass kleine Einsatzfahrzeuge, wie sie beispielsweise in der Pflege und Betreuung zum Einsatz kommen, nicht erfasst sind.

Herbert L. verdient 65.000 Euro im Jahr und darf seinen sehr repräsentativen Dienstwagen – Anschaffungspreis: 50.000 Euro – auch privat nutzen. Durch die höhere Besteuerung des Sachbezugs Dienstwagen muss er 1.058 Euro mehr für seine Wagennutzung an die Finanz abliefern. Durch die Lohnsteuersenkung erhält er jedoch eine Entlastung von

1.633 Euro, das entspricht zwölf Prozent. Abzüglich der Mehrkosten für den Dienstwagen bleibt ihm trotzdem ein Nettplus von 575 Euro. Sein Kollege Erwin Z. verdient das Gleiche, hat aber keinen Dienstwagen zur Privatnutzung. Er profitiert daher mit 1.633 Euro Nettplus.

ArbeitnehmerInnen zahlen Entlastung nicht selber

Eine zentrale Forderung des ÖGB, dass sich die LohnsteuerzahlerInnen die Entlastung nicht selbst finanzieren, wurde erfüllt. Es kommt etwa zu keinen Kürzungen bei Überstundenzuschlägen und Zulagen, zu keiner höheren Besteuerung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes. Auch Abfertigungen werden nicht angetastet. Durch die Belebung des Konsums und der Konjunktur fließt mehr Geld an den Staat zurück. Die Berechnungen der Regierung entsprechen jenen des ÖGB.

Beitrag der Vermögenden

Auch wenn im Zuge der jetzigen Steuerreform keine allgemeine Vermögens- und Erbschaftssteuer eingeführt wird, gibt es einen Beitrag der Vermögenden, und es wird der Trend der vergangenen Jahre fortgesetzt, Steuerprivilegien bei Gewinn- und Kapitaleinkünften zurückzudrängen. Die stärkere Besteuerung großer Vermögen zur Sicherung wichtiger öffentlicher Leistungen wird auch weiterhin eine zentrale Forderung der Gewerkschaften bleiben. ■

Online Mehr-Netto-Rechner

Nähere Informationen und den Rechner, mit dem Sie sich ihren persönlichen Steuervorteil ausrechnen können, finden Sie auf unserer Website: www.gpa-djp.at



Giorgos Chondros, Vorstandsmitglied Syriza: „Die Menschen in Griechenland sind wieder hoffnungsvoll.“

Das Ende der Kürzungspolitik

Giorgos Chondros, Mitglied im Vorstand von Syriza, über die soziale Krise in Griechenland und die politische Aufbruchstimmung nach den Wahlen.

Das Interview führte Sandra Breiteneder.

KOMPETENZ: Wie sind die Wochen seit der Wahl aus Sicht der Syriza abgelaufen?

Giorgos Chondros: Zwei Sachen sind ausschlaggebend. Erstens hat sich die Stimmung der Bevölkerung enorm verändert, die Menschen sind wieder hoffnungsvoll. Das merkt man nicht nur auf den großen Demonstrationen und Versammlungen auf den Hauptplätzen zur Unterstützung der Regierung in vielen griechischen Städten. Es kommen nicht nur die Leute, die Syriza gewählt haben, sondern bei weitem mehr. Zweitens das, was auf Regierungsebene passiert. Die Situation hat sich sehr beschleunigt. In den vergangenen Wochen hat die griechische Regierung mehr

getan als in den letzten fünf Jahren passiert ist, nicht nur bei den Verhandlungen auf europäischer Ebene über die Schuldenfrage, sondern auch innenpolitisch.

KOMPETENZ: Was haben die sogenannten „Rettungspakete“ in Griechenland konkret bewirkt?

Giorgos Chondros: „Rettungspakete“ muss man auf jeden Fall unter Führungszeichen stellen. Man muss die Frage stellen, wer mit diesem Geld eigentlich gerettet wurde. Über 75 Prozent des Geldes sind direkt zum Kapitalmarkt zurückgeflossen, das heißt mit diesen Geldern wurden die Privatbanken Europas aus Deutschland, Frankreich usw. gerettet. Die

restlichen 25 Prozent sind zum griechischen Budget geflossen, aber nicht um Löhne oder Pensionen zu bezahlen, sondern um zum Beispiel die Rüstungsverträge mit Deutschland erfüllen zu können.

Die vorgeschriebenen Kürzungsmaßnahmen der Troika haben zu einer sozialen Katastrophe geführt, daher ist das Leben von einer humanitären Krise geprägt. Alles was wir in den vorigen Jahrzehnten an Arbeitsrechten errungen haben, gibt es nicht mehr. Das heißt: Auch Leute die noch einen Job haben, haben keine Garantie, bezahlt zu werden. Viele Firmen sind bis zu zwölf Monate im Verzug mit der Lohnzahlung. Viele ArbeitnehmerInnen haben Verträge über

vier Stunden am Tag, arbeiten aber acht oder zwölf Stunden. Das alles soll jetzt gesetzlich rückgängig gemacht werden.

Öffentliches Eigentum wurde verkauft oder eigentlich verscherbelt: Wasser, Energie, Wälder, Strände, Flughäfen, Häfen, Autobahnen. Die neue Regierung wird versuchen, diese wieder zurückzugewinnen. Auch die Demokratie selbst wurde beschränkt. In den vergangenen Jahren der Krise hat das Parlament keine Rolle gespielt, die wichtigsten Projekte wurden über Regierungsbeschlüsse umgesetzt, auch die Memoranden wurden so ratifiziert.

KOMPETENZ: Die Journalistengewerkschaft in der GPA-djp hat auch die Schließung des griechischen öffentlichen-rechtlichen Fernsehens kritisiert. Wie wird die neue Regierung damit umgehen?

Giorgios Chondros: Es war eine Unverschämtheit, dass der öffentliche Rundfunk über Nacht geschlossen und 2.000 MitarbeiterInnen auf die Straße gesetzt wurden. Einige von ihnen halten den Rundfunk noch am Leben, es gibt viele Radiosender und Fernsehsender, die auf freiwilliger Basis betrieben werden. Der öffentliche Rundfunk soll neu geschaffen werden und ein Großteil der KollegInnen wieder eingestellt werden, hierzu gibt es auch schon eine Gesetzesvorlage. Der neue Rundfunk soll das Allgemeinut der öffentlichen Information wiederherstellen. Das ist auch eine symbolische Sache.

KOMPETENZ: Was sagst du ArbeitnehmerInnen in Österreich, warum sie mit der griechischen Bevölkerung solidarisch sein sollen?

Giorgios Chondros: Wichtig ist nicht alles zu glauben, was medial über Griechenland erzählt wird

,und sich selbst zu informieren. Was ich den ArbeitnehmerInnen noch sagen möchte: Kürzungspolitik ist nicht nur ein Problem für Griechenland, auch in Österreich könnten ArbeitnehmerInnen mehr verdienen und der Reichtum ist nicht gerecht verteilt. Wir brauchen eine europaweite Diskussion über das Ende der Kürzungspolitik.

KOMPETENZ: Was sind die Erwartungen an die europäische Gewerkschaftsbewegung?

Giorgios Chondros: Für uns ist es sehr wichtig enger zusammenzuarbeiten. Es soll unser gemeinsames Anliegen sein, das bisherige neoliberale Kräfteverhältnis zu verändern. Die linke Regierung in Griechenland ist eine Chance

Wir brauchen eine europäische Diskussion über das Ende der Kürzungspolitik.

für die europäische und internationale Arbeiterbewegung, diese Chance müssen wir nützen! Wenn Syriza diese ersten, sehr schwierigen Monate übersteht, wird sich diese Hoffnung sicher über Europa ausbreiten.

KOMPETENZ: Ein Kritikpunkt an der neuen griechischen Regierung ist die Koalition mit der Rechtspartei ANEL, die in der Vergangenheit durch rechte Positionen aufgefallen ist.

Giorgios Chondros: Wir sind eine Regierung mit drei Parteien, auch die Grünen sind mit dabei. Warum es diese Koalition gibt: Alle anderen gewählten Parteien, außer zwei, haben die Kürzungspolitik mitgetragen. Die Kommunistische Partei, die ein Partner sein könnte, ist nicht auf eine Diskussion mit uns eingegangen, und die Neofaschisten der

Goldenen Morgenröte sind keine Option für uns. Wenn man hier an eine Koalition denkt, denkt man an eine Koalitionsvereinbarung mit einem gemeinsamen Programm. Das gibt es in Griechenland nicht. ANEL hat unserem Programm zugestimmt und das ist jetzt das Regierungsprogramm. Wir führen die Staatsbürgerschaft für die in Griechenland geborenen Kinder von MigrantInnen ein und schließen die furchtbaren Flüchtlingslager.

KOMPETENZ: Kritisch wird hier auch gesehen, dass keine einzige Frau unter den Schlüsselministern zu finden ist, und auch in der restlichen Regierung kaum Frauen Funktionen bekleiden.

Giorgios Chondros: Ja, das sehe ich auch so, es ist uns wirklich nicht gelungen, mehr Frauen aufzunehmen, obwohl wir die einzige Partei Griechenlands mit einer Frauenquote sind.

KOMPETENZ: Wäre Grexit, also der Ausstieg aus der Eurozone eine Option?

Giorgios Chondros: Grexit ist keine Option. Wir wollen die Verhandlungen so führen, dass sie im gemeinsamen Interesse sind, im Interesse der europäischen Partner und der griechischen Bevölkerung. Wir wollen Zeit, um mehr zu investieren und die griechische Wirtschaft zu beleben, Pensionen und Löhne zu kürzen hat nichts gebracht. ■

Giorgios Chondros

ist Mitglied im Vorstand von Syriza, Leiter der Umwelt- und Ökologieabteilung und im Netzwerk der Solidaritätsinitiativen Solidarity4All.



© deSt

96 Prozent der Handelsangestellten wollen am Sonntag nicht arbeiten.

Nein zur Sonntagsöffnung!

Klares Votum der Wiener Handelngestellten.

von Martin Panholzer

Das Thema Sonntagsöffnung im Handel wird seit geraumer Zeit in Wien wieder stärker diskutiert. Nach einer Befragung der Wiener Wirtschaftskammer (WKW) ist seit Herbst 2014 bekannt, dass etwa 72 Prozent der Wiener Unternehmer aus sämtlichen Branchen für die Errichtung von Tourismuszonen mit Sonntagsöffnung gestimmt haben. „Aus dem Ergebnis lässt sich wirklich kein überzeugender Verhandlungsauftrag für eine Tourismuszone in Wien herauslesen“, ist GPA-djp-Regionalgeschäftsführerin Barbara Teiber überzeugt.

Für die GPA-djp stehen schon immer die Interessen der Wiener Handelsangestellten im Zentrum. Bisherige Befragungen, etwa in der Wiener Innenstadt und der Inneren Mariahilferstraße, ergaben immer ein klares Nein zur Sonntagsarbeit.

Neue Befragung

Um alle Zweifel über die Haltung der Wiener Handelsangestellten zur Sonntagsarbeit aus der Welt zu räumen, hat die GPA-djp Wien im März 2015 eine Urabstimmung unter ca. 38.000 Handelsangestellten in ganz Wien durchgeführt. Die Befragung wurde vom Meinungsforschungsinstitut IFES abgewickelt. An der brieflichen Abstimmung nahmen 23,2 Prozent teil. Das ist ein deutlich höherer Anteil als bei der Befragung der Wirtschaftskammer, an der nur 16 Prozent quer durch alle Sparten teilnahmen. Das Ergebnis fiel eindeutig aus: 95,9 Prozent der Wiener Handelsangestellten wollen am Sonntag nicht arbeiten.

„Das ist für uns ein klarer Auftrag, keine Öffnungszeiten und rechtliche Rahmenbedingungen zuzulassen, die nicht die Interessen der

Betroffenen berücksichtigen. Wir gehen davon aus, dass auch die Stadt Wien nicht über die Köpfe der Wiener Handelsangestellten hinweg Entscheidungen treffen wird“, stellt Barbara Teiber klar.

Song Contest

Von der Sparte Handel der Wiener Wirtschaftskammer gab es bislang keine Aufforderung an die GPA-djp über das Thema Tourismuszonen zu verhandeln. Dies betrifft auch Verhandlungen über Rahmenbedingungen für geänderte Öffnungszeiten während des Eurovision Song Contests. „Sehr befremdend ist, dass bereits Wiener Unternehmen beginnen, die Angestellten für den Dienst am Sonntag nach dem Song Contest einzuteilen. Das ist nicht legal und die Betroffenen sollen sich dringend mit der GPA-djp in Verbindung setzen“, rät Teiber. ■



KV Finance: Abschluss in der zweiten Runde

Forderung I-Plus erreicht!

Nach sehr intensiven Verhandlungen konnte bereits in der zweiten Runde ein KV-Abschluss für die Angestellten in der Finanzbranche erzielt werden. Der Abschluss ist ein mühsam errungener Kompromiss, jedoch konnte eine Erhöhung für alle Schemaansätze über der Inflationsrate erzielt werden.

Die kollektivvertraglichen Schemahälter werden um 1,6 Prozent plus 5 Euro erhöht, was im Durchschnitt 1,78 Prozent ergibt. Valorisierbare Bezugsbestandteile, die den Höchstbetrag der einzelnen Schemata übersteigen werden mit 0,4 Prozent erhöht,

Lehrlingsentschädigungen und Kinderzulagen um 1,75 Prozent linear angehoben. Der Kollektivvertrag gilt ab dem 1. April für 12 Monate.

Der gemeinsamen klaren Forderung „I-Plus“, d.h. eine Erhöhung über der Inflationsrate, wurde mit diesem Abschluss Rechnung getragen. Entgegen den Zielen der Arbeitgeber mit einer Nulllohnrunde abschließen zu wollen, ist es gelungen, mit breiter Unterstützung der BetriebsrätInnen und Beschäftigten (z. B. mittels Fotoflashmob, siehe Bild) zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Mehr dazu auf: www.gpa-djp.at

Aktuelle Kollektivvertragsabschlüsse

KV für die **Kaufmännischen Angestellten der Tages- und Wochenzeitungen** und deren Online- und Nebenausgaben: plus 2 Prozent KV-Erhöhung (mit 1. April), Anhebung des Zuschlags für Arbeit an Sonn- und Feiertagen auf 4,60 Euro ++++ Löhne für **ExpeditarbeiterInnen**, Redaktions- und Verwaltungsgehilfen, ZustellerInnen und AusträgerInnen: plus 2 Prozent (mit 1. April) ++++ KV für die Angestellten in **Reisebüros**: plus 1,8 Prozent (mit 1. Jänner) ++++ KV **Private Bildungseinrichtungen**: plus 2 Prozent, Ist-Gehälter plus 1,8 Prozent (mit 1. Mai)

Praktikum: Klagen bei Mißbrauch

Die Watchlist Praktikum stößt weiterhin auf reges Interesse: PraktikantInnen können dort anonym melden, wie ihr Praktikum bezüglich Bezahlung und Arbeitszeit gelaufen ist. Die erhobenen Daten werden an die Gebietskrankenkassen weitergeleitet, um die Unternehmen zu prüfen, was derzeit in mehr als 200 Fällen ansteht. Die Palette der gemeldeten Missstände geht quer durch alle Branchen, die mittlerweile rund 65.000 Klicks belegen den Handlungsbedarf. Praktika sind immer öfter ein lukratives Geschäftsmodell für Unternehmen, denen SchülerInnen und Studierende ausgeliefert sind, weil ihre Lehrpläne Praktika vorschreiben.

„Es kann nicht sein, dass immer die PraktikantInnen aktiv werden müssen, um zu beweisen, dass keine Lerninhalte oder Ausbildungen angeboten wurden – die Arbeitgeber sollen erklären müssen, was sie vermitteln, d. h. wir brauchen eine Beweislastumkehr“, fordert Karl Proyer von der GPA-djp. „Die Entlohnung von PraktikantInnen muss nach Kollektivvertrag erfolgen. Dem ‚Geschäftsmodell‘ Praktikum muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden!“

Mehr dazu:
www.watchlist-praktikum.at





Teamsitzung der Nachbarinnen: Im Alltag sind Meryem Sik, Somia Babiker und Asha Abdi Osman Einzelkämpferinnen. Da sind solche Treffen wichtig, auch um gemeinsam zu beraten, wie man den betreuten Familien weiterhelfen kann.

Raus aus der Isolation

Das Wiener Projekt „Nachbarinnen“ greift migrantischen und Flüchtlingsfamilien unter die Arme. Großgeschrieben wird dabei Hilfe zur Selbsthilfe.

von Alexia Weiss

Ein Mittwoch, kurz vor neun Uhr, Gebietsbetreuung am Allerheiligenplatz in der Brigittenau: Nach und nach trudeln an die zehn Frauen ein, viele von ihnen tragen Kopftuch, manche haben eine dunklere Hautfarbe als andere. Sie begrüßen einander herzlich, greifen zu Kaffee und Kuchen, tratschen. Inzwischen hat auch ein Mann an dem langen Tisch Platz genommen. Auf einem Flipchart kann sich jeder eintragen, der an diesem Vormittag einen Fall vorstellen und sich dazu mit den anderen beraten möchte.

Seit zwei Jahren betreuen die „Nachbarinnen“ migrantische und Flüchtlingsfamilien, die ein Kriterium eint: Sie leben sehr isoliert und zurückgezogen, meist verlassen die Frauen die Wohnung nur, um im Grätzel die nötigsten Einkäufe zu erledigen. Die „Nachbarinnen“: Das sind Frauen aus der Türkei, Tschetschenien oder Somalia, die selbst noch sehr in der eigenen Tradition verhaftet sind, „aber schon das Stück Freiheit im Kopf haben“, wie es die Wiener Internistin Christine Scholten formuliert. Sie hat das Projekt gemeinsam mit der Sozialarbeiterin Renate Schnee

initiiert, beide leiten es bis heute ehrenamtlich.

Kontakt zur Community

16 Frauen wurden vor zweieinhalb Jahren in einem eigens an der Alpen-Adria-Universität konzipierten Kurs zu sozialen Helferinnen ausgebildet. Acht davon sollten ursprünglich als „Nachbarinnen“ angestellt werden. Am Ende brachten Scholten und Schnee mehr Mittel als erwartet auf und konnten zwölf Frauen engagieren. Sie leben im 2., 12. oder 20. Bezirk und stehen in engem Kontakt

zu ihren jeweiligen Communities. So wissen sie, wo der Schuh drückt, aber auch, wer besondere Hilfe benötigt. Am Anfang der Betreuung einer Familie steht ein Vertrag, denn unterstützt wird nur, wer bereit ist, sein Leben zu verändern. Die „Nachbarinnen“ sehen sich vor allem als Helfer zur Selbsthilfe: Frauen sollen selbstständiger werden, den Kindern der Zugang zu Bildung erleichtert werden. „Uns geht es um Partizipation“, betont Scholten.

Viel hat sich in diesen zwei Jahren getan. 320 Familien, die zuvor sehr zurückgezogen lebten, wurden oder werden noch betreut und sind nun besser in der österreichischen Gesellschaft integriert. Das bedeutet: Die Kinder gehen zur Schule und machen auch Abschlüsse. Einige hat man davor bewahrt, zu Sonderschülern abgestuft zu werden. Und die Mütter lernen Deutsch, wagen auch einmal den Schritt hinaus in einen anderen Wiener Bezirk, fangen sogar zu arbeiten an.

Ausbildung und Arbeit

Seit diesem Jahr bietet das Projekt zum Beispiel auch eine Ausbildung zur Näherin an. Hier wird nicht nur Handwerkliches, sondern auch fachspezifisches Vokabular vermittelt. Nun sind bereits zehn Frauen in einem von Scholten und Schnee im Rahmen von „Nachbarinnen“ gegründeten Betrieb als Näherinnen beschäftigt. „Die Idee ist, dass sie dann nach ein, zwei Jahren bei uns eine Stelle in einem anderen Unternehmen finden“, erklärt Scholten.

Auch auf anderer Ebene sind Scholten und Schnee ständig dabei, das Projekt weiterzuentwickeln: Immer wieder stießen „Nachbarinnen“ auf Radikalisierungstendenzen bei jungen Männern. Eine Abreise nach Syrien stand da ebenfalls bereits in zwei Familien im Raum. In beiden Fällen konnte dies verhindert werden. Einer der Betroffenen arbeitet

inzwischen in Wien bei einer Security-Firma und sei sehr glücklich damit, erzählt Scholten.

Jugendarbeit

Von den zwölf ursprünglichen „Nachbarinnen“ sind heute noch sechs Teil des Teams, die anderen haben sich entschlossen, eine weitere Ausbildung zu absolvieren, auch das ist ein Erfolg des Projekts. So hat man inzwischen fünf andere Frauen aufgenommen – und auch einen Mann. Er macht vor allem Jugendarbeit und hat sich auf den Bereich Deradikalisierung spezialisiert. Gerade in sehr traditionell lebenden Communities stoßen die Frauen kulturell bedingt mit ihrem Wirken auch an Grenzen. Hier wurde nun eine Lücke geschlossen.

Arbeitstechnisch stellen die Änderungen im Team das Projekt auch vor Herausforderungen. Die Neuen lernen von denen, die bereits seit zwei Jahren diese soziale Arbeit leisten. Pünktuell wird in Workshops das nötige Rüstzeug vermittelt, das aber mit der ursprünglichen fünfmonatigen Ausbildung nicht zu vergleichen ist. Und so steht in der Teamsitzung an diesem Mittwoch auch viel Organisatorisches am Programm: Wie kann die Kommunikation im Team verbessert werden? Was können die „Nachbarinnen“ leisten? Und wann soll an andere Stellen verwiesen werden?

„Nachbarinnen“ unterstützen

Die „Nachbarinnen“ freuen sich über Unterstützung für Sport- und Gymnastikgruppen, Konversationsgruppen und besonders bei der Lernhilfe für Kinder (Mathematik und Deutsch für PflichtschülerInnen). Sie können also Ihre Zeit spenden oder natürlich auch das Projekt finanziell unterstützen – eines steht fest: Ihre Spende bewegt! Mehr dazu auf www.nachbarinnen.at

Finanzierung

Von der Stadt Wien wurde das Projekt von Anfang an unterstützt, aber auch das Sozialministerium stellte Mittel zur Verfügung. Insgesamt erfolgt die Finanzierung zu einem Drittel durch die öffentliche Hand und zu zwei Dritteln durch private Spenden, erläutert Scholten. Politischer Gegenwind kam bisher allein von der FPÖ, die in Gemeinde- und Nationalrat gegen die Subventionen mobil machte – ohne Erfolg. Im Gegenzug wurde das Projekt bereits mehrfach ausgezeichnet, etwa mit dem Bank Austria Sozialpreis, dem Gesundheitspreis der Stadt Wien oder im Rahmen der Initiativen „Spendenparlament“ und „Sozialmarie“.

*Die Nachbarinnen sind so bunt wie das gleichnamige Projekt:
Roza Ozdamirova, Oksana Kerimowa, Manar Azrag, Firdes Acar.*

© Nuriith Wagner-Strauss





Das neue Hochschulinnenschaftsgesetz bringt eine Bündelung der Mitbestimmungsrechte der Studierenden.

Starke Vertretung für Studierende

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschulinnenschaft wird im Mai durch direkte Wahl bestimmt. Diese Neuerung stärkt die studentische Mitbestimmung.

von Andrea Rogy

Vom 19. bis 21. Mai finden die Wahlen zur Österreichischen Hochschulinnenschaft (ÖH) statt. Die Bundesvertretung aller Studierenden wird direkt gewählt. Die ÖH-Bundesvertretung wird so für die Studierenden ganz konkret bestimmbar und ist viel unmittelbarer zusammengesetzt als bisher, wo FunktionärInnen über die Fakultäten in die Bundes-ÖH entsandt wurden. Helmut Gotthartsleitner, Bundesjugendsekretär der GPA-djp, begrüßt die Neuerung als „ein starkes Signal in Richtung stärkerer studentischer Mitbestimmung“.

Durch das neue Hochschulinnenschaftsgesetz 2014 haben erstmals alle Studierenden die Chance, ihre Vertretung an Fachhochschulen, pädagogischen Hochschulen, Privatuniversitäten und Universitäten direkt zu wählen. Das neue Wahlrecht gilt nun für alle Studierenden. Darin sieht Gotthartsleitner eine Bündelung der Mitbestimmungsrechte, was eine gewisse politische Stärkung bedeutet.

Auch Studierende aus Drittstaaten dürfen im Mai für eine Funktion innerhalb der Bundesvertretung der Studierenden kandidieren. Vom

aktiven Wahlrecht sind sie aber weiterhin ausgeschlossen, was Gotthartsleitner scharf kritisiert: „Jeder, der in unserem Land studiert, sollte auch seine Interessenvertretung wählen dürfen.“

Mitbestimmung ist wichtig

Gotthartsleitner wünscht sich eine hohe Wahlbeteiligung, was den studentischen Anliegen Österreichs weit mehr Gewicht geben könnte. Er sieht die ÖH-Wahl für viele Studierende als eine wichtige Erfahrung in puncto Mitbestimmung und Demokratie. „So manche kandidierende

Person ist den Studierenden persönlich bekannt. Viele Anliegen und Forderungen sind für die StudentInnen sehr nahe und greifbar. Dadurch wird es leichter nachvollziehbar, wie direkte Demokratie und Mitbestimmung funktionieren“, führt Gotthartsleitner aus. Die Studierenden erleben sehr unmittelbar, dass sie durch ihre Stimmabgabe etwas bewegen können.

Die Jugendorganisation der GPA-djp arbeitet seit Jahren besonders eng und erfolgreich mit dem Sozialreferat der Österreichischen HochschülerInnenschaft zusammen, um die Anliegen studierender Mitglieder effektiv vertreten zu können. „Hier arbeitet die gesetzliche mit der freiwilligen Studierendenvertretung zusammen, um Verbesserungen bei den sozialen Bedürfnissen und bei den Arbeitsbedingungen für Studierende zu erreichen“, so Gotthartsleitner. Als besonders gelungenes, gemeinsames Projekt greift er den sogenannten „Vertragscheck“ heraus. Dieses Beratungsangebot gibt es seit Anfang 2014. Es kann für alle Fragen rund um Arbeitsverträge, Arbeitsrecht, ArbeitnehmerInnenschutz, Versicherung, Dienstverhältnisse und KonsumentInnenschutz genutzt werden.

Vertragscheck

Bei dem ersten Kontakt mit arbeitsrechtlichen Bestimmungen ist es für Studierende oft nicht leicht, den Durchblick zu bewahren. Angefangen bei den verschiedenen Beschäftigungsverhältnissen bis hin zu Sozialversicherung und den Rechten als ArbeitnehmerIn gibt es vieles zu beachten. Der Vertragscheck bietet Studierenden eine individuelle Unterstützung, um besser informiert zu sein und um unangenehme Überraschungen zu Arbeitsbeginn vorzubeugen. So können Studierende ihre Arbeitsverträge von ExpertInnen der GPA-djp-Jugend

durchchecken lassen bevor sie unterschreiben. „Auch viele berufstätige Studierende nutzen dieses Serviceangebot der GPA-djp-Jugend“, berichtet Gotthartsleitner.

Auch bei Unklarheiten in Kaufverträgen kann persönliche Beratung und Hilfe kostenlos in Anspruch genommen werden. Denn Studierende werden nicht nur im Rahmen eines Beschäftigungsverhältnisses, sondern auch in anderen Bereichen des täglichen Lebens mit rechtlichen Problemen konfrontiert. Die ExpertInnen der GPA-djp-Jugend informieren und beraten in Zusammenarbeit mit der Österreichischen HochschülerInnenschaft darüber, worauf beim Abschluss von Verträgen in den Bereichen Handy, Internet, Freizeit und Reisen sowie bei Reklamationen zu achten ist.

**Je höher die Wahlbeteiligung,
desto mehr Gewicht
haben studentische Anliegen.**

Schwarzes Brett

Auch beim sogenannten „Schwarzen Brett“ der Österreichischen HochschülerInnenschaft, einem digitalen Forum rund um die Themen „Jobs“, „Praktika“ und „Wohnen“, arbeitet die GPA-djp-Jugend eng mit der Studierendenvertretung zusammen. Am „Schwarzen Brett“ befinden sich wichtige rechtliche Informationen ebenso wie Jobangebote. Die Besonderheit dabei: In den Job-Angeboten muss der genaue Verdienst verbindlich angegeben werden. Über den elektronischen „Geringfügigkeitsrechner“ können berufstätige Studierende herausfinden, ob ihre Einstufung im Job angemessen ist.

Vertretung für Studierende

Studierende haben es nicht immer leicht: Unverständliche Regelungen bei Stipendien, Probleme im Job

oder Universitätsreformen haben so ihre Tücken. Die GPA-djp-Jugend ist – mit fast 10.000 Mitgliedern – die größte überparteiliche Interessenvertretung von jungen Menschen in Österreich. Diese starke Organisation hilft studierenden Mitgliedern aller Fakultäten bei Problemen in Neben- und Ferienjobs, wenn nötig werden die Rechte der StudentInnen auch vor Gericht vertreten.

„Mit dem Einstieg in das Berufsleben begreifen viele StudentInnen erst, dass ein vernünftiges Gehalt im Ferien- oder Teilzeitjob neben dem Studium nicht vom Gesetzgeber und schon gar nicht von allein kommt“, berichtet Gotthartsleitner. Gehaltserhöhungen werden für jede Branche jährlich von den Gewerkschaften verhandelt. Dabei geht es zum Beispiel um Zuschläge für Überstunden, um einen Inflationsausgleich oder um die Gehaltseinstufung. Viele Studierende werden sich nach dem ersten Beratungskontakt der Bedeutung einer starken gewerkschaftlichen Vertretung so richtig bewusst und fragen nach.

„Der Mitgliedsbeitrag für Studierende ist mit 8,40 Euro im Jahr speziell niedrig“, so Gotthartsleitner. Denn die finanzielle Lage der StudentInnen in Österreich ist alles andere als rosig: Bereits 63 Prozent aller Studierenden müssen neben dem Studium arbeiten, um sich den Lebensunterhalt finanzieren zu können. Der finanzielle Druck ist für viele so hoch, dass es kaum möglich ist, intensiv zu studieren. „Je höher die Wahlbeteiligung bei den kommenden ÖH-Wahlen, desto stärker wird die Stimme der gesetzlichen studentischen Interessenvertretung“, ruft Gotthartsleitner alle Studierenden in Österreich dazu auf, wählen zu gehen. ■

Infos unter: www.jugend.gpa-djp.at
www.oeh.ac.at



© Michael Mazohl
© GPA-djp

Ob behinderte Menschen gut betreut werden, ist keine Frage der Finanzierbarkeit, sondern des politischen Willens.

Protest gegen Kürzungen im Sozialbereich

Gewerkschaft und BetriebsrätInnen warnen: 500 Arbeitsplätze in OÖ in Gefahr.

von Carmen Janko

Gegen die geplanten Kürzungen von kolportierten 25 Millionen Euro in der Behindertenbetreuung, der psychiatrischen Vor- und Nachsorge und der Wohnungslosenhilfe in Oberösterreich kündigen die Gewerkschaften GPA-djp und vida und ihre BetriebsrätInnen massiven gewerkschaftlichen Widerstand an. „Wir lassen uns die neuerlichen Kürzungen des Landes im Sozialbereich sicher nicht gefallen“, stellt der Regionalgeschäftsführer der GPA-djp, Andreas Stangl, klar, „zumal in den vergangenen Jahren die Sozialvereine durch Einsparungen in Millionenhöhe finanziell ausgehungert wurden.“ Neuerliche Kürzungen hätten unmittelbar negative Auswirkungen auf die Beschäftigten

und die KlientInnen: „Wer behauptet, die Betreuungsqualität würde sich nicht verschlechtern, kennt sich nicht aus oder betreibt Realitätsverweigerung“, kritisiert Stangl.

500 Arbeitsplätze gefährdet

Bei einem Personalkostenanteil von mehr als 80 Prozent schlagen Kürzungen unmittelbar auf die Beschäftigten durch. Die Kürzungspläne, so haben die Gewerkschaften errechnet, würden bis zu 500 Arbeitsplätze vernichten. Gewerkschaft und BetriebsrätInnen erwarten daher von der Politik, dass Budgetricks beendet und die Finanzierung des Sozialbereichs bedarfsgerecht erhöht wird.

Stangl weist aber auch die Arbeitgeber auf ihre Pflicht hin, ihre gesellschaftspolitische Verantwortung wahrzunehmen und von der Politik mit Nachdruck einzufordern, was notwendig ist, um ihre Aufgabe erfüllen zu können.

„Ob wir als Gemeinschaft dafür sorgen, dass behinderte Menschen gut betreut werden, ist keine Frage der Finanzierbarkeit, sondern eine Frage des politischen Willens. Wir wollen nicht in einer Gesellschaft leben, in der einerseits unermesslicher Reichtum geschützt wird, während andererseits Menschen mit Handicap ständig mit Verschlechterungen zu rechnen haben“, sagt Andreas Stangl. ■



Broschüre Kind und Beruf

Informationen für Mütter und Väter.

Sie werden demnächst Eltern? Dann sollten Sie über den großen Veränderungen in ihrem Leben nicht vergessen, was am Arbeitsplatz und bei der finanziellen Absicherung zu beachten ist. Die GPA-djp hat mit der Broschüre „Kind und Beruf“ und der dazugehörigen Checkliste zwei praktische Instrumente geschaffen, die den Einstieg in den neuen Lebensabschnitt erleichtern.

In der Checkliste sind wichtige Termine und Behördenwege aufgelistet. Die Broschüre bietet Infos zu allen Etappen im neuen Leben der werdenden Eltern: die Zeit vor der Geburt bis zu den Wochen kurz danach, die Elternkarenz und die Elternteilzeit, das

Kinderbetreuungsgeld sowie alle anderen finanziellen Leistungen. Sie enthält auch spezielle Infos für atypisch Beschäftigte und Adoptiv- und Pflegeeltern sowie abschließend eine Sammlung von Musterbriefen.

Bei aller Freude über das Baby sollten dabei die Karenz und der Wiedereinstieg nicht auf die leichte Schulter genommen werden! „Halten Sie Kontakt mit dem Unternehmen und nehmen Sie eventuell angebotene Bildungsmaßnahmen in Anspruch“, empfiehlt Frauensekretärin und Co-Autorin der Broschüre Barbara Marx.

Mehr dazu auf:
www.gpa-djp.at/frauen

GPA-djp: 2014 wieder mehr Mitglieder

Die GPA-djp konnte auch im Jahr 2014 einen Mitgliederzuwachs verzeichnen. Mit Dezember hatte sie 277.492 Mitglieder, um 2.335 mehr als im Vorjahr. Das gab der Vorsitzende Wolfgang Katzian Mitte März beim Regionalforum Burgenland bekannt.

Die GPA-djp verzeichnete somit im sechsten Jahr hintereinander ein Mitgliederplus. „Unsere starke Präsenz in der Öffentlichkeit und die Tatsache, dass wir viele unserer Forderungen durchsetzen konnten, trägt Früchte“, freut sich Katzian.

Rekordwert beim Rechtsschutz

Die GPA-djp konnte im Jahr 2014 über 165 Mio. Euro im Rahmen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes für ihre Mitglieder erstreiten. Das ist der höchste Wert seit dem Krisenjahr 2009. Ein wesentlicher Teil des Gesamtbetrages, nämlich ca. 150 Mio. Euro, entfällt auf Beträge im Zuge der von der GPA-djp durchgesetzten Sozialpläne. Der aktive Rechtsschutz der GPA-djp beinhaltet Interventionen im Betrieb, Vertretung vor dem Arbeits- und Sozialgericht sowie Rechtshilfe in Exekutions-, Konkurs- und Ausgleichsverfahren.

„Die große Dominanz von Sozialplänen im Rahmen des Rechtsschutzes und deren hohe Qualität zeigen, dass gerade in schwierigen Zeiten die enge Kooperation zwischen Gewerkschaft und Betriebsräten ein Erfolgsrezept ist“, so der stv. Bundesgeschäftsführer der GPA-djp, Günther Trausnitz. „In Unternehmen mit einem Betriebsrat und starker gewerkschaftlicher Unterstützung ist ein entsprechender Erfolg wahrscheinlicher als wenn eine solche Vertretung fehlt. Deshalb wird die GPA-djp auch in den kommenden Jahren die rechtliche Betreuung von Betriebsratskörpern intensivieren.“



Darf man mit einem grippalen Infekt das Haus verlassen?

Überwachung im Krankenstand

Immer öfter versuchen Arbeitgeber, ihren Beschäftigten Fehlverhalten im Krankenstand nachzuweisen, sogar mittels eigens engagierter Detektive. Dagegen kann man sich wehren.

von Andrea Komar

Ein Detektiv beschattet im Auftrag eines Unternehmens dessen kranken Arbeitnehmer. Er wartet vor der Wohnung, macht sich Notizen, fotografiert und filmt. Ein Auftrag wie jeder andere und grundsätzlich auch nicht verboten, obwohl massiv in die Privatsphäre des ahnungslosen Arbeitnehmers eingegriffen wird. Denn im Bericht des Detektivs scheinen Personen auf, mit denen der Arbeitnehmer privaten Umgang pflegt, und manch eine Beobachtung lässt Rückschlüsse auf seine Lebensgewohnheiten zu. Das Unternehmen erhält Informationen, die ihm nicht zustehen.

Ein Beratungsfall aus Salzburg führt vor Augen, wie man sich als bespitzelter Arbeitnehmer fühlt. Ein Angestellter begibt sich aufgrund psychischer Probleme in den Krankenstand. Was

dann geschieht, schildert er wie folgt: „Ich wurde aus heiterem Himmel zu einem Gespräch mit meinem Chef gebeten. Thema sollte meine weitere betriebliche Verwendung sein.“ Doch im Zuge des Gesprächs legte ihm sein Chef Fotos vor, die ihn bei Gartenarbeiten zeigten. „Ich war völlig perplex. Ein Detektiv hatte mich während des Krankenstands überwacht und sogar fotografiert“, berichtet der Mann. Nun verlangt sein Arbeitgeber, dass er einer einvernehmlichen Auflösung seines Dienstverhältnisses zustimmt. „Anderenfalls will er mich entlassen. Was kann ich tun?“

Gestörtes Vertrauen

ArbeitnehmerInnen durch eine Detektei beschatten zu lassen, ist ein radikales Mittel, das von einem gestörten Vertrauensverhältnis

zeugt. Bei Verdacht des Krankenstandsmissbrauchs haben ArbeitgeberInnen andere Möglichkeiten: Eine Krankenstandsbestätigung zu fordern und eine Sonderkontrolle durch die Gebietskrankenkasse zu beantragen. Eine Überwachung durch Detektivbüros sollte nur in Ausnahmefällen erfolgen.

Jüngst hat ein Fall in Wien gezeigt, dass ArbeitgeberInnen und Detekteien mitunter über das zulässige Ziel hinausschießen: Ein kranker Arbeitnehmer musste feststellen, dass heimlich ein GPS-Sender an seinem Privatfahrzeug montiert worden war. Dieser Fall beschäftigt nun die Gerichte.

Denn ein GPS-Sender lässt eine permanente Ortung zu. Eine solche Überwachungsmaßnahme berührt

die Menschenwürde des Arbeitnehmers und hätte daher vom Arbeitgeber nicht heimlich durchgeführt werden dürfen.

Was bewegt Unternehmen dazu, ihre MitarbeiterInnen zu überwachen? Ein erwiesenes Fehlverhalten im Krankenstand ermöglicht eine Entlassung. Das bedeutet, dass keine Kündigungsfristen einzuhalten sind, Sonderzahlungen (13. und 14. Gehalt) häufig anteilig rückgefordert werden können und die „Abfertigung alt“ entfällt. Außerdem besteht während eines ungerechtfertigten Krankenstands kein Entgeltfortzahlungsanspruch. Detektivbüros beschaffen Beweise für die vermeintlichen Verfehlungen. Die zweckmäßigen Kosten der Detektei kann ein Unternehmen von dem/der ArbeitnehmerIn einfordern, falls tatsächlich ein Fehlverhalten, das zur Entlassung berechtigt, gesetzt wurde.

Was gilt im Krankenstand?

Was nun Fehlverhalten im Krankenstand ist, kann im Einzelfall höchst unterschiedlich sein. ArbeitnehmerInnen müssen sich während eines Krankenstands so verhalten, dass ihre Arbeitsfähigkeit möglichst bald wiederhergestellt wird. Verboten ist also jegliches Verhalten, das den Krankheitsverlauf negativ beeinflussen und den Genesungsprozess verzögern könnte.

Anordnungen und Verbote richten sich nach der Art der Erkrankung. Wer einen grippalen Infekt hat, gehört ins Bett. Wer unter einer Depression leidet, sollte viel an die frische Luft gehen. Im ersten Fall wäre ein ausgedehnter Spaziergang der Genesung abträglich, im zweiten Fall zuträglich. Folgerichtig berücksichtigt die Rechtsprechung stets die Gesamtumstände des Einzelfalles.

Was raten wir also dem verunsicherten Angestellten aus unserem Salzburger Beispielfall? Er soll sich nicht einschüchtern lassen, insbesondere keiner für ihn nachteiligen einvernehmlichen Auflösung seines Dienstverhältnisses zustimmen. Vielmehr soll er die Rechtmäßigkeit seines Verhaltens während des Krankenstands mithilfe seines Arztes belegen. ■

© Nürith Wagner-Strauss



Rechtsexpertin
Andrea Komar

In dieser Ausgabe erklärt die Leiterin der Bundesrechtsabteilung in der GPA-djp, Andrea Komar, was während eines Krankenstandes erlaubt ist und was nicht, und wie weit die Kontrolle des Arbeitgebers dabei gehen darf.

Checkliste Krankenstand

- Unverzögliche Krankmeldung am Arbeitsplatz.
- Es gibt keine Verpflichtung, Auskünfte zur Diagnose zu geben! ArbeitgeberInnen brauchen lediglich zu erfahren, ob Arbeitsunfähigkeit aufgrund von Krankheit oder Unfall vorliegt.
- Übermittlung einer Krankenstandsbestätigung (Zeitpunkt: je nach betrieblicher Regelung bzw. auf Verlangen).
- Anordnungen des Arztes (z. B. Bettruhe, Einnahme von Medikamenten) befolgen. Das bedeutet nicht, dass der/die kranke ArbeitnehmerIn ohne Betreuungsperson nicht kurzfristig das Haus verlassen dürfte, um für den täglichen Bedarf einzukaufen (Supermarkt, Apotheke), aber darüber hinaus sollte eine verordnete Bettruhe beherzigt werden.
- Auf den eigenen Körper hören: Wie viel Schonung braucht er?
- Im Zweifel einzelne Tätigkeiten mit dem/der behandelnden Arzt/Ärztin abklären.
- Ausgehzeiten festhalten lassen.

Das rechtfertigt eine Entlassung

Eine 10- bis 11-stündige Serviertätigkeit an zwei aufeinanderfolgenden Tagen in einer Imbissstube während eines Krankenstandes wegen Kreislaufproblemen und Kopfschmerzen.

Fußballspielen bei diagnostizierten Rückenbeschwerden.

Das rechtfertigt eine Entlassung nicht

Die kurzfristige Anwesenheit am Fußballplatz trotz hohem Fieber, um den Sohn abzuholen, wenn keine andere Person verfügbar ist.

Die Ausübung des Laufsports während eines Burn-out-Syndroms.



In der Nussbaumallee, hinter den Gasometern in Wien-Simmering, entstehen seit März dieses Jahres 270 neue hochwertige Wohnungen.

Attraktive neue Wohnbauprojekte in Wien

Die Wohnbauvereinigung für Privatangestellte (WBV-GPA) gibt einen kleinen Überblick ihrer aktuellen Wohnprojekte.

von Christian Swoboda

Im Norden von Wien, direkt neben der U1-Station Aderklaaer Straße, entsteht derzeit mit dem Projekt Citygate einer der größten neuen Stadtteile Wiens. Neben 1.160 Wohnungen wird hier ein Einkaufszentrum mit rund 20.000 Quadratmetern vermietbarer Fläche gebaut.

71 neue Wohnungen

Auch die WBV-GPA ist an der Errichtung beteiligt. Sie errichtet an diesem Standort einen eigenen Bauteil mit 71 Wohneinheiten, die allesamt nicht den Bestimmungen des WWFSG (Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz) unterliegen. Die hier entstehenden Wohnungen sind frei finanziert und können als Eigentumswohnung oder Mietwohnung mit einer Kaufoption

zehn Jahre nach Bezug genutzt werden. Hier heißt es schnell sein, denn es sind nur noch einige wenige Wohnungen verfügbar! Der Bezug des Wohnhauses erfolgte bereits Ende März 2015.

Leo 21

Im Sinne hoher sozialer Nachhaltigkeit verfügt das Wohnprojekt LEO 21 (1210 Wien, Leopoldauer Straße 26) nicht nur über zahlreiche Wohnungen unterschiedlicher Größe, sondern bietet je nach persönlichen finanziellen Möglichkeiten supergeförderte und geförderte Mietwohnungen oder frei finanzierte Eigentumswohnungen an. Die WBV-GPA ist Bauherrin von 50 supergeförderten sowie von 99 geförderten Mietwohnungen mit einer Kaufoption

nach 10-jähriger Mietdauer. Im Erdgeschoß sind ein Supermarkt und ein Drogeriemarkt geplant. Darüber hinaus befinden sich im Parterre mehrere Fahrrad- und Kinderwagenabstellräume auf Straßenniveau. Die hauseigene Tiefgarage der WBV-GPA wird über 134 Pkw-Stellplätze verfügen.

Vorbildliche Partnerschaft

Das Wohnprojekt „LEO 21“ zeigt, dass die Partnerschaft von gemeinnützigen (WBV-GPA) und privaten (wvg-Bauträger GmbH) Bauträgern ein zukunftsweisendes Modell ist, das zusätzliche Vorteile mit sich bringt. Durch die gemeinsame Planung können Kosten gespart und Gemeinschaftsbereiche optimal gestaltet werden. Darüber hinaus bietet



Foto: Anna Rauchenberger

Dachgleiche LEO 21 (v. l. n. r.): wvg-GF Jörg Wippel, BV Georg Papai, WBV-GPA AR-Vorsitzende Mag.ª Ingrid Reischl und WBV-GPA GF Mag. M. Gehbauer

die Wohnhausanlage insgesamt die hohen Standards des geförderten Wohnbaus sowie eine sehr gute soziale Durchmischung. Und nicht nur die geförderten Wohnungen der WBV-GPA sind zu kostengünstigen Konditionen zu haben, sondern auch die frei finanzierten Eigentumswohnungen der wvg Bauträger GmbH, die sich auf einem durchwegs attraktiven Preisniveau bewegen. Die planmäßige Fertigstellung des Projekts ist bereits für Dezember 2015 geplant. Auch hier ist Eile geboten, denn das Projekt ist bereits in Vergabe und Interessenten können sich an das Wohnungsservice-Team der WBV-GPA wenden.

Waldmühle Rodaun

Am Stadtrand Wiens, auf dem Areal der ehemaligen Lafarge-Perlmooser Zementfabrik (1230 Wien, Kaltenleutgebner Straße 24), wird im Rahmen der Wiener Wohnbauinitiative eine neue Wohnsiedlung mit mehreren Wohngebäuden, lokaler Infrastruktur und insgesamt 450 qualitativ hochwertigen und leistbaren Wohneinheiten entstehen. Durch die Zusammenarbeit der ÖSW AG, der Familienwohnbau, der Wien-Süd und der WBV-GPA konnte dieses einzigartige Projekt zustandekommen. Die Fertigstellung ist im Frühling 2016 geplant.

Ideal für junge Familien und Senioren

Durch die Schaffung von Wohnraum im naturnahen Umfeld bietet dieses Projekt die ideale Umgebung für Familien, Paare und Singles, die neben modernen Wohnungen auch eine idyllische Grünlandschaft am Rande der Großstadt suchen: eine Top-Lage im Grünen, verfeinert mit dem praktischen Service der Stadt. Ein vor Ort angesiedelter Kindergarten macht das Angebot für junge Familien einfach perfekt.

Wer Wohnraum im Grünen sucht, wird in diesem mitten im Wienerwald gelegenen Projekt fündig! Ein 12.000 m² großer Park im Zentrum der Gebäude liefert noch zusätzlichen Freiraum. Jede der Wohnungen verfügt natürlich auch über einen privaten Freiraum: vom Eigengarten über Balkon, Loggia oder Terrasse – hier ist für jeden das Richtige dabei. Für das Projekt Waldmühle Rodaun hat vor kurzem die Vergabe gestartet; Interessenten können sich bereits für ein Beratungsgespräch an das Wohnungsservice der WBV-GPA wenden.

Standort Gasometer

Auf einer ehemaligen Liegenschaft der Wiener Gaswerke (1110 Wien, Nussbaumallee 222-226) entsteht derzeit das aktuellste Wohnbauprojekt der WBV-GPA gemeinsam mit der SOZIALBAU AG. Die langgestreckte Wohnhausanlage mit drei abstehenden Gebäudeteilen und dazwischenliegenden Innenhöfen fasst insgesamt 270 Wohnungen und besteht aus zwei Bauteilen – dem Bauteil-West (SOZIALBAU AG) und dem Bauteil-Ost (WBV-GPA); mit Erdgeschoß, vier Obergeschoßen sowie zwei Dachgeschoßen.

Die WBV-GPA errichtet mit ihrem Bauteil-Ost 61 geförderte Mietwohnungen mit Kaufoption nach 10-jähriger Miete und für Menschen mit schwächerem Einkommen 31 supergeförderte Mietwohnungen ohne Eigentumsoption. Der ausgewogene Wohnungsmix sieht ein bis

4-Zimmer-Wohnungen mit kompakten Grundrissen von 32 m² bis 97 m² vor. Fast alle Wohnungen in der Nussbaumallee verfügen über eigenen Freiraum wie Balkon, Terrasse oder Mietergarten.

Der Spatenstich erfolgte im März 2015 und als Fertigstellungstermin kann bereits der Winter 2016 genannt werden. ■

FREIE WOHNUNGEN Bestehende Objekte:

- Wien 21, Aderklaaer Straße 29 (Citygate), 71 Miet- oder Eigentumswohnungen, Bezug: März 2015
- Wien 21, Leopoldauer Straße 26, 149 geförderte Mietwohnungen, Bezug: ca. Dez. 2015
- Wien 23, Kaltenleutgebner Straße 24, 450 geförderte Mietwohnungen, Bezug: ca. März 2016
- Wien 11, Nussbaumallee 222-226, 92 geförderte Mietwohnungen, Bezug: ca. Dezember 2016

Wohnungsberatung

Wohnbauvereinigung für Privatangestellte
WBV-GPA Wohnungsservice
– Gassenlokal
1010 Wien, Werdertorgasse 9
Tel.: (01) 533 34 14
Internet: www.wbv-gpa.at
wohnungsservice@wbv-gpa.at



© Dorazet, Fotolia.com

Frühlingsbeginn

Der Frühling zieht ins Land, jetzt geht's endlich raus in die Natur. Mit der GPA-djp-CARD profitieren Sie auch in der Freizeit von Rabatten und vergünstigten Eintrittspreisen.

© Donautouristik



Schiffausflug in die Wachau ab Wien-Nußdorf

Jeden Sonntag und Montag von 3.5.–26.10.2015. Am Vormittag steht in Tulln ein Stopp zur Weinprobe am Programm, am Nachmittag können Sie zwischen einem Aufenthalt in Krems, in Dürnstein oder in Weißenkirchen wählen. Inklusive 3-Gang-Mittagessen und Heurigenbuffet bei der Rückfahrt.

Für GPA-djp-Mitglieder 25 % Ermäßigung pro Person:
Mo.: EUR 34,80 statt 46,50
So.: EUR 37,- statt 49,50
Kinder bis 11,9 Jahre gratis, von 12–14,9 Jahre nur 50 %!

Buchung mit Code „GPA15“:
Tel. 0732/20 80-39
kaiserin@donautouristik.com
oder www.donaureisen.at

© Hotel Zeitgeist Vienna



Hotel Zeitgeist Vienna

Vom Hotel am neuen Hauptbahnhof die schönsten Seiten Wiens entdecken

„GPA-djp-Package“:

- 2 Nächte für 2 Personen
- Buffet-Frühstück
- Garagen-Parkplatz
- Sauna, Fitnessraum, W-LAN
- Glas Sekt zur Begrüßung

Low Season (1.7. bis 31.8.2015):
EUR 190,- im City-Zimmer
EUR 203,- im Deluxe-Zimmer

High Season (bis 30.6. und 1.9. bis 31.12.2015):
EUR 233,- im City-Zimmer
EUR 250,- im Deluxe-Zimmer

Angebot ausg. Messen/Silvester
Buchungen: 01/902 65
booking@zeitgeist-vienna.com
www.zeitgeist-vienna.com

© Twin City Liner



Twin City Liner

In nur 75 Minuten von Wien nach Bratislava bzw. retour mit dem Twin City Liner.

Vollklimatisiert und mit First-Class-Bestuhlung ausgestattet, mit Panorama-Fenstern und einem Freideck erleben Sie die bis zu 70 km/h schnelle Fahrt auf der Donau, während Sie mit Köstlichkeiten vom Catering an Bord verwöhnt werden.

Für GPA-djp-Mitglieder:
10 % Rabatt auf Fahrpreise, auch für eine Begleitperson (exkl. Hafentaxen und ausg. Juli/August, Sa. und So.).
Twin City Liner Erlebniskarte mit Ermäßigungen in Wien und Bratislava um EUR 7,- statt 10,-

Buchung unter 01/588 80
www.twincityliner.com

© Feiken



Pension Feiken

Im oberen Donautal, zwischen Passau und Linz, nahe der bekannten Donauschlinge liegt die komfortable Pension direkt an der Donau. Ein grandioser Donaublick wird Sie begeistern. Für Radfahrer (Donauradweg) und Wanderer (Donausteig) der ideale Platz.

Preis: EUR 27,- pro Person/Tag, inkl. Frühstücksbuffet. Kinderermäßigung, Ermäßigung bei längerem Aufenthalt, kein Einzelzimmerzuschlag.

20 % für GPA-djp-Mitglieder nur bei Direktbuchung

Privatzimmer Feiken
4085 Wesenufer 65

Mobil: 0664/326 74 70
feiken@pension-donaublick.at
www.pension-donaublick.at

© Kräffereich St. Jakob



Kräffereich St. Jakob im Walde

Drei Stockwerke und 1.600 m² Ausstellungsfläche zeigen, welche Kräfte jeden Menschen täglich beeinflussen. Der lautlose Wasserstrahl, die überdimensionalen Hörglocken und viele weitere interaktive Stationen werden Sie faszinieren.

„Ein anderer Blick auf die Wirklichkeit“ – die neue Sonderausstellung beleuchtet eine Jahrtausende alte Weltanschauung, die hierzulande überwiegend unbekannt ist.

Mit der GPA-djp-CARD
10 % auf alle Eintrittspreise.
Geöffnet: 1. April bis 31. Oktober,
täglich von 9–17 Uhr

Kräffereich St. Jakob im Walde
8255 St. Jakob im Walde
www.kraeffereich.at

© Armstark



Armstark

Nichts ist in der heutigen Zeit so wichtig, wie den notwendigen Ausgleich zum anstrengenden Berufsleben zu finden.

Mit Whirlpools, Swim-Spas und Infrarotkabinen von Armstark können Sie sich Ihre eigene Wohlfühloase schaffen.

GPA-djp-Mitglieder erhalten bei Vorlage der CARD einen Sonder-
rabatt von 20 % auf Whirlpools,
Swim Spas und Infrarotkabinen.
(Ausgenommen Swim-Spas „Basic“,
Infrarotkabinen „Infrasun“, Aktions-
produkte und bereits rabattierte Ware)

Armstark GmbH
St. Florian/Schärding
Niederlassungen in Graz,
Marchtrenk, Rankweil, Wien
und Wörgl
www.armstark.com

Nähere Infos

zu diesen und vielen anderen CARD-Vorteilsangeboten finden Sie unter: www.gpa-djp.at/card
Hier können Sie auch den CARD-Newsletter abonnieren und erhalten monatlich per E-Mail aktuelle CARD-Infos.

Steht Ihnen kein Internetzugang zur Verfügung, senden wir Ihnen gerne die CARD-Broschüre zu. Bestellungen: Tel.-Nr.: 05 03 01-301, service@gpa-djp.at

März–April 2015



© drubig-photo - Fotolia



Gewinnspiele und Ermäßigungen



Alle markierten Produkte können Sie gewinnen! Senden Sie dazu eine Postkarte an die Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien, Alfred-Dallinger-Platz 1, Kennwort: Name der jeweiligen Veranstaltung bzw. online: www.gpa-djp.at/gewinnspiel, **Einsendeschluss 27. April 2015**. Keine Barablösung. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

© Joschi Schneebberger



16. April bis 11. Mai 2015

wean hean 2015 – Das Wienerliedfestival

Diverse Veranstaltungsorte, Wien

Dreizehn Veranstaltungen an acht Schauplätzen zeichnen ein Monat lang ein plastisches Wienerlied-Panorama.

Info: www.weanhean.at
10 % Ermäßigung bei allen Konzerten, ausg. Konzerthaus

© Tim Hüning



23. April bis 8. Mai 2015

Gefährliche Liebschaften

Galerie IM ERSTEN, Wien

Vicomte de Valmont und die Marquise de Merteuil machen sich ein Spiel daraus, andere emotional zu zerstören. Doch alles hat ein Ende ...

Karten: 0664/373 05 79
Info: www.gefaehrlicheLiebschaften.at
mit CARD EUR 18,-

© Hamrah Neuhuber



7. bis 23. Mai 2015

Hypnosis

Kunst im Prückel, Wien

Meisterhafter Mix aus Psychothriller und Farce in englischer Sprache, bei der eine Pointe die andere jagt und man bis zum letzten Satz nicht weiß, wer nun wirklich hinter dem großen Plan steckt.

Karten: 0680/225 12 90
mit CARD EUR 20,-

Wiener Metropol



27. bis 30. Mai 2015

Nestroy verliebt oder Die Männer ham's gut!

Freiluftbühne Metropol

Das neue Stück auf Wiens letzter historischer Freiluftbühne handelt von Nestroys Liebelei mit einer jungen Schauspielerin.

Karten: tickets@lskonzerte.at
Info: 01/585 69 96-15

20 % CARD-Ermäßigung

© Festspiele Stockerau



24. Juni bis 1. August 2015

Don Camillo und Peppone

Festspiele Stockerau

Stockerau wird zum kleinen italienischen Städtchen Boscaccio, wo das weltberühmte Komödienpaar aufeinander trifft.

Info und Karten: 02266/676 89
www.festspiele-stockerau.at

10 % CARD-Ermäßigung mit Code „GPA“

© Eric Ullrich



5. Juli 2015

Xavier Naidoo: Frei Sein – Open Air 2015

Kaiserwiese/Prater, Wien

Auch in diesem Jahr dürfen sich die Fans von Xavier Naidoo wieder auf ein sommerliches Open-Air-Konzert mit ihm freuen.

Karten: tickets@lskonzerte.at
Info: 01/585 69 96-25
CARD-Ermäßigung

Schwarzbuch Markenfirmen. Die Welt im Griff der Konzerne.

Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss.
Deuticke 2014. € 20,50

Die fortschreitende Marktkonzentration und Finanz- und Wirtschaftskrisen haben die Welt verändert. Knapp 150 multinationale Konzerne dominieren die Weltwirtschaft und profitieren von globaler Ungleichheit: Zeit für ein neues „Schwarzbuch Markenfirmen“. Als die erste Ausgabe 2001 erschien, wurde das Buch von den Medien als „Bibel der Globalisierungskritik“ bezeichnet. Die beiden Autoren, Klaus Werner-Lobo und Hans Weiss, wenden sich auch in der Neuauflage gegen Geiz-ist-geil-Ideologie und Profitgier.

Auch wenn heute, fast fünfzehn Jahre nach der Erstauflage, die „Corporate Social Responsibility“,

also die soziale Verantwortung der Unternehmen, in aller Munde ist, so ist diese Strategie doch meist nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Konzerne vermeiden mittlerweile zwar Kinderarbeit, weil sie ihrem Ruf zu sehr schadet. Aber die Arbeitsbedingungen und die Ausbeutung insgesamt haben sich kaum geändert, denn die Produktion muss möglichst billig sein. Nicht nur in Asien, Afrika und Lateinamerika, auch in Europa oder den USA wurden Fälle von schwerwiegenden Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen bekannt.

Was die Autoren mit ihrem Buch zeigen möchten ist, dass der Machtmissbrauch der Konzerne keine Einzelfälle sind, sondern System haben. Die Konzernlobbys sind es, die die Gesetze machen, auch in Europa. Deutlich wird das auch daran, dass diese kaum Gewinnsteuern bezahlen – wie jüngst erst wieder bei McDonald's bekannt wurde.

Die Auswahl von 50 „Bösen“ für die Firmenporträts des Buches sind ein beispielhafter Mix aus marktdominanten Firmen unterschiedlicher Konsumbereiche: Von Kleidung (H&M, Zara, Benetton oder Nike) über Lebensmittel (Nestlé, Chiquita, Danone, Kellogg's, Starbucks) über Elektronik (Apple, Microsoft, Samsung) bis hin zur FIFA, den Pharmariesen (Bayer, Novartis, Pfizer) und natürlich den Ölgiganten (BP, Shell, Total). Den Autoren ist klar, dass eine Änderung des Einkaufsverhaltens allein die Probleme nicht lösen wird – nur neue gesetzliche Regelwerke und ökonomische Gegenmodelle werden langfristig etwas verändern können.

Barbara Lavaud

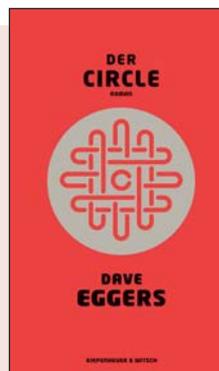


Dave Eggers: Der Circle.

Kiepenheuer & Witsch 2014.
€ 23,70

Mae hat über Vermittlung einer Freundin einen Job ergattert, der anfänglich nichts als Annehmlichkeiten zu bieten scheint: stylische Büros und Sport- sowie Rückzugsareale auf dem ausladenden Firmencampus, großzügige kulinarische Versorgung und Ausstattung mit der neuesten Hardware. Selbst Hotelzimmer-ähnliche Schlafräume stehen zur Verfügung, wenn man einmal keine Lust hat, nach der Arbeit nach Hause zu fahren. Und auch als sich der Gesundheitszustand ihres Vaters, seit Jahren schwer krank, drastisch verschlechtert, weil seine Versicherung die Kosten für eine bessere Versorgung nicht übernimmt (in den USA leider der Ist-Zustand), springt Maes Arbeitgeber ein.

Doch all das hat seinen Preis: auf die Zuckerln folgt die Peitsche, wer hier sein Plansoll nicht erbringt, wobei dieses stetig gesteigert wird, der wird diszipliniert. Das Plansoll bemisst sich anfänglich vor allem in Bewertungen: Mae bearbeitet Kundenanfragen und muss die Fragesteller im Anschluss bitten, das von ihr geleistete Service zu bewerten. Wer hier nur 90 Prozent Kundenzufriedenheit heimbringt, muss alles daran setzen, seinen Wert in Richtung 100 Prozent zu steigern. Ganz oder gar nicht lautet also das Motto, das sich durch die schöne neue Arbeitswelt des Circle zieht, was sich einerseits in einem immer höheren Arbeitspensum niederschlägt, andererseits auch in der Benutzung der firmeninternen Tools: um optimal vom Gesundheitsprogramm des Unternehmens zu profitieren, werden die Vitalwerte



ständig überwacht. Wer seine Freizeitaktivitäten nicht in der virtuellen Welt mit allen anderen Circlern teilt, wird des Egoismus bezichtigt. Dave Eggers Roman „Der Circle“ ist nicht nur die beklemmende Schilderung einer Arbeitswelt,

die ansatzweise bereits Realität geworden ist. Breiten Raum nimmt hier auch das Thema Überwachung ein – und wie jede/r Einzelne von uns durch den Konsum mancher Produkte, aber etwa auch durch die Teilnahme in sozialen Netzwerken ganz freiwillig dieser Entwicklung Vorschub leistet. Fazit: Reflexion ist dringend vonnöten, gesamtgesellschaftlich, aber auch durch den Einzelnen.

Alexia Weiss

Die vorgestellten Bücher sind **portofrei** über den **Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH**, 1010 Wien, Rathausstraße 21, zu beziehen. Mehr dazu auf www.oegbverlag.at



ÖTSCHER:REICH

Die Alpen und wir

FRANKENFELS:WIENERBRUCK:NEUBRUCK

Niederösterreichische Landesausstellung 2015

25. APRIL BIS 1. NOVEMBER

Gewinnen Sie mit der GPA-djp 2 Übernachtungen für 2 Personen und den Besuch der Niederösterreichischen Landesausstellung 2015 „ÖTSCHER:REICH – Die Alpen und wir“! Mit etwas Glück genießen Sie bald 2 Nächte für 2 Personen inklusive Frühstück im Naturhotel Steinschaler Dörfel. Zusätzlich erwartet Sie der Eintritt zur Niederösterreichischen Landesausstellung 2015 inklusive einer Führung an einem Ausstellungsort (Frankenfels-Laubenbachmühle oder Neubruck).

Senden Sie eine Postkarte an:
Redaktion KOMPETENZ, 1034 Wien,
Alfred-Dallinger-Platz 1 oder online unter
www.gpa-djp.at/gewinnspiele.
Einsendeschluss ist 27.4.2015. Keine Barablösung.
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Für GPA-djp-Mitglieder ermäßigter Eintritt
EUR 11,- (statt EUR 12,-), gültig gegen Vorlage
der GPA-djp-CARD.

Beratung
Rechtsschutz & Unterstützung
Vorteilsangebote Ermäßigungen

GPA-djp CARD

001234567
Max Mustermann
gültig bis: 00/00

OGB card

GPA djp
GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN
BRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER

noe-landesausstellung.at

